

---

# **Gesellschaftlicher Auftrag an die XIX. Parteikonferenz der KPSS, 5. und 12. Juni 1988**

---

## **Zusammenfassung**

Der "Gesellschaftliche Auftrag", den unabhängige Organisationen Moskaus zusammenstellten und als Forderungskatalog an die XIX. Parteikonferenz richteten, wurde zum ersten Dokument der politisch weit ausdifferenzierten Oppositionsgruppen in den Zeiten der Perestrojka, die sich seit 1988 verstärkt in der sowjetischen Öffentlichkeit – auf Massenkundgebungen und Meetings – zu Wort meldeten und bald zum Faktor der "großen Politik" wurden. In ihrem Papier forderten sie nicht nur politische Amnestie und Bürgerrechte, sondern auch Maßnahmen zur Transformation der KPSS in eine Parlamentspartei, die Aufhebung des Artikel 6 der Sowjetischen Verfassung, der die Führungsrolle der KPSS in der UdSSR festlegte, die Aufteilung des KGB in mehrere Behörden, aber auch – den Sozialisten unter seinen Verfassern folgend – Kollektiveigentum an Produktionsmitteln und die Selbstverwaltung der Wirtschaftsstrukturen. Als ideologische Plattform der breit gefächerten informellen Bewegung versuchte der "Gesellschaftliche Auftrag" ihre Zielsetzungen unter die sowjetische Bevölkerung zu bringen, die Aktivitäten ihrer einzelnen Gruppen im Rahmen einer "Volksfront" zu bündeln, und nicht zuletzt – als drittes – im Sinne der gemeinsamen Zielsetzungen politischen Druck auf die XIX. Parteikonferenz auszuüben. Zwar ging diese Rechnung der Autoren des "Auftrags" nicht auf. Doch für diejenigen, die an seiner Ausarbeitung mitwirkten, handelte es sich dabei um eine der ersten politischen Erfahrung in Demokratie, von der sie später bei der Bildung des Wahlblocks "Demokratisches Rußland" und der Aufstellung weiterer Programme der demokratischen Bewegung der 1990er Jahre Gebrauch machten.

## **Einführung**

Im Mai-Juni 1988 setzten oppositionelle Organisationen, die sogenannten "informellen Bewegungen", eine neue Welle der Massenkundgebungen in der UdSSR in Gang. Sie dienten dazu, die Bevölkerung auf ihre Ideen aufmerksam zu machen und Druck auf die XIX. Parteikonferenz auszuüben. Zum ersten Mal seit den 1920er Jahren fanden in Moskau, Leningrad und anderen Städten Meetings mit mehreren Tausend Teilnehmern statt, bei denen die Oppositionellen ein breites Spektrum von Ideen – von anarchistischen bis zu sozial-demokratischen und liberalen – öffentlich darlegten. Die Mitgliederzahlen in den Organisationen der "Informellen" nahmen schnell zu. Im Stadtzentrum von Moskau organisierten die "Informellen" einen "Guidepark", wo soziale und politische Probleme diskutiert wurden. Noch vor kurzem vom Politbüro des CK der KPSS als potentielle Gefahr oder lediglich als ein Laborversuch wahrgenommen, wurden die oppositionellen Gruppen jetzt zu einem Faktor der "großen Politik".

Trotz ihres Autonomiestrebens waren die "Informellen" Teil eines großen Systems: "[Sie] handelten nach dem Prinzip 'Reformen von oben auf Druck von unten'. Gab es aber unter diesen Bedingungen eine andere Taktik, die mehr Erfolg gehabt hätte? 1990/1991 war diese Vorgehensweise durchaus gerechtfertigt, weil noch nicht abzusehen war, daß die Elite zur Liberalisierung übergehen würde", meint B.

Kagarlickij.

Es hatte den Anschein, daß der Druck auf die Macht zu Erfolgen führen könnte, wenn die relativ geringen Kräfte der informellen Gruppen gebündelt werden. Deshalb setzte gleichzeitig mit der Meetingkampagne die Zusammenfassung der oppositionellen Bewegungen verschiedener Richtungen in eine breite volksdemokratische Bewegung ein.

Auf Initiative des Direktors des wissenschaftlichen Forschungsinstituts für KulturV. #urbanov, der als Vertreter A. Jakovlevs, des Führers der "Liberalen" in der KPSS, agierte, wurde beschlossen, eine Konferenz der "Informellen" einzuberufen, auf der ihre Position geklärt werden sollte. Für die Reformisten in der KPSS war es die Chance, die Lenkung der "Informellen" zu organisieren, um ihr Potential für Reformzwecke zu nutzen. Die "Informellen" dagegen erhofften sich davon eine gemeinsame Struktur, die es schaffen sollte, eine landesweite demokratische Massenbewegung in der UdSSR zu organisieren. Nach dem Beispiel der westeuropäischen Länder der 1930er Jahre und des zeitgenössischen Estland wurde beschlossen, die links-demokratische Organisation "Volksfront" zu nennen. Die Parteiorganisationen unterstützten dieses Unternehmen sehr rege, indem sie erstklassige Säle und den Zugang zur offiziellen Presse zur Verfügung stellen, was eine Bestätigung dafür lieferte, daß die Konferenz von ganz oben sanktioniert wurde. Zum Anlaß für das Treffen wurde die Ausformulierung des Auftrags für die XIX. Parteikonferenz. Er sollte von allen "konstruktiven" "informellen Gruppen" (mit Ausnahme der gegenüber den Kommunisten unversöhnlichen Demokratischen Union und der antisemitischen "Gedächtnis") gemeinsam zusammengestellt und in dem Fall, daß sich die herrschende Partei weigerte, ihn anzunehmen (was abzusehen war), zum Programm der demokratischen Bewegung werden.

Am 5. Juni 1988 wurde das Forum der demokratischen Öffentlichkeit im Palast der Jugend eröffnet. Nachdem sie von den Erfolgen ihrer Bewegungen berichtet hatte, stritten die "Informellen" darüber, was die Volkfront zu sein habe – eine allgemeindemokratische oder eine sozialistische Organisation. Davon hing auch der Inhalt ihres Programms ab. Die strittigen Positionen spiegelten die komplexen Gegensätze zwischen den oppositionellen Gruppen wieder. Auf der einen Seite standen Gruppen, die die Meetingkampagne in Moskau begonnen hatten – die liberale Gruppierung "Bürgerwürde" und die sozialistische "Gemeinde". Sie setzten sich für eine allgemeindemokratische Volksfront ein, an der Menschen mit unterschiedlichen demokratischen Anschauungen mitwirken konnten. Dabei sollte eine unionsweit agierende Föderation der sozialistischen Gesellschaftsklubs (FSOK) die Interessen der Sozialisten vertreten, die seit 1987 bestand. Sie hatte den Kampf um den Einfluß in der Volksfront aufzunehmen. In der FSOK wiederum konkurrierte die "Gemeinde", die eine nichtmarxistische sozialistische Volkstümliche Ideologie vertrat, mit der sozialistischen Gruppe "Sozialistische Initiative" unter der Führung von B. Kagarlickij. In dieser Zeit kam es auch zu einem massenhaften Zustrom von neuen Aktivisten in die informelle Bewegung, wobei die Neuen erst vor kurzen mit dem unabhängigen gesellschaftlichen Denken in Berührung gekommen waren und weiterhin nicht nur einfach marxistische, sondern marxistisch-leninistische Anschauungen vertraten. In der FSOK hatten die "Gemeinde"-Anhänger einen größeren Einfluß, in den neuen Gruppen waren dagegen die Marxisten-Leninisten stärker, zu deren Führer die "Sozialistische Initiative" wurde. Um die endgültige Überlegenheit zu erreichen, beschlossen die Marxisten, die Liberalen loszuwerden, weshalb sie die Volksfront zu einer rein sozialistischen Organisation mit strenger Disziplin erklärten. Bevor man den Beschlüssen der führenden Organe der demokratischen Bewegung Folge leistete, war es wichtig zu bestimmen, wie sie

zustande kommen sollten. Die Auseinandersetzungen um die Organisation überlappten sich somit mit den ideologischen Auseinandersetzungen. Am 5. Juni wurden Pläne für ein Bündnis der "Informellen" mit den "liberalen Kommunisten" entworfen.

Die Forumsteilnehmer gingen auseinander. Sie sollten am 12. Juni wieder zusammentreffen, um den "Gesellschaftlichen Auftrag" zu diskutieren, der auf der Grundlage von Abgeordnetenreden zusammengestellt wurde. Für seine Ausformulierung wurde eine redaktionelle Kommission gebildet, die gleichzeitig auch zur Initiativgruppe und später zum Organisationskomitee für die Gründung der Moskauer Volksfront (OK MNF) wurde. Zu ihren Mitgliedern gehörten Vertreter von "Gemeinde", "Socialistischer Initiative", "Bürgerwürde", "Memorial", "Perestrojka-88", "Demokratische Perestrojka" und Klub der sozialen Initiativen. Alle diese Gruppen waren innerhalb der gesellschaftlichen Bewegung bereits gut bekannt. Dann wurde das Organisationskomitee durch Vertreter aller Gruppen der Moskauer Organisation der FSOK und durch neue Gruppen, die sich während der Massenkundgebungen gebildet hatten, erweitert. Jede Organisation erhielt eine Stimme. Der reale Einfluß und die Mitgliederzahl der Gruppen waren jedoch unterschiedlich. Auch Gruppen aus 2-3 Personen wurden gegründet, die aber nur auf dem Papier bestanden; auf diese Weise wurde es für die eine oder andere Fraktion möglich, eine weitere Stimme im Organisationskomitee zu bekommen.

Am 12. Juni traf man im Kulturhaus der Mitarbeiter der Energiewirtschaft zur Schlußsitzung des Forums zusammen, die den "Gesellschaftlichen Auftrag" zusammenzustellen hatte. Trotz der zahlreichen ideologischen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Anwesenden im Saal bestanden, gab es am 12. Juni keine erbitterten Auseinandersetzungen. Obwohl die Redner der redaktionellen Kommission in einem recht emotionsgeladenen Ton das Fehlen des einen oder anderen Punktes monierten, der früher angesprochen worden war, trug die Diskussion einen konstruktiven Charakter: Die Redaktionskommission nahm fast alle Vorschläge in den Text auf. Ein Teil davon empfahl Maßnahmen zur Transformation der KPSS in eine Parlamentspartei, ein anderer Teil stellte eine Sammlung von demokratischen und menschenrechtlichen Forderungen dar, die mit der einen oder anderen Modifikation in den Programmen der vordemokratischen Bewegungen und Parteien vor 1991 wiederholt wurden. Hier fanden sich die Forderungen nach der Aufhebung des Verfassungsartikels zur Führungsrolle der KPSS, nach der Aufteilung des KGB in mehrere Behörden, nach politischer Amnestie oder nach einem vollständigen Katalog der Bürgerrechte. Gleichzeitig setzte sich das Dokument für ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm ein, das die "Gemeinde" vorschlug – für das Kollektiveigentum an Produktionsmitteln, die Selbstverwaltung und die Wirtschaftregulierung, die auf der "Delegationsgrundlage" (d.h. der Zusammensetzung der übergeordneten Organe aus den Abgeordneten der untergeordneten) organisiert war.

Der Auftrag schloß mit Parolen, mit denen sich die meisten Initiatoren der Volksfront identifizieren konnten und die für alle verständlich waren (obwohl sie jeder auf seine Art auslegte):

Es lebe der demokratische Sozialismus!

Es lebe die Einheit aller progressiven Kräfte der kommunistischen Partei und der breiten demokratischen Bewegung!

Es lebe die sozialistische Perestrojka!

Der Text des Auftrags war von seiner eiligen Ausformulierung und den zahlreichen Abstimmungen geprägt. Denn die Arbeit war auf der Stelle und in diesem Saal abzuschließen, später waren keine Veränderungen mehr vorzunehmen. Das

Programm, über das man abgestimmt hatte, konnte nur von einer neuen Konferenz revidiert werden. Als Folge wurde der Text im Samizdat mit zahlreichen Druckfehlern und stilistischen Ungenauigkeiten veröffentlicht. Nichtsdestoweniger nahmen die Forderungen der "Informellen" zu einem äußerst breiten Problemspektrum Stellung und waren durchaus verständlich. Außerdem verabschiedete die Konferenz die "Organisationsprinzipien und Hauptziele der Volksfront", die in einem abstrakt demokratischen Stil ausformuliert waren.

Auf den Meetings wurde die Agitation für die Volksfront als Perspektive einer demokratischen Massenbewegung entfaltet. De facto war im Land eine Einheitsfront der informellen politischen Organisation entstanden (mit Ausnahme der Demokratischen Union und des "Gedächtnisses"). Doch sie wurde von Anfang an von Meinungsverschiedenheiten zerrissen.

Nach der Konferenz eskalierten die Gegensätze im Organisationskomitee der MNF entlang zweier Linien. Einerseits standen sich die Anhänger des engen sozialistischen Charakters des MNF und diejenigen, die für ihren allgemeindemokratischen Charakter plädierten, gegenüber (bei den zweiten gab es sowohl Anhänger einer liberalen wie einer sozialistischen Orientierung). Andererseits bekämpften sich die Vertreter einer breiten Klubautonomie und die Fürsprecher einer Allgemeingültigkeit der Komiteebeschlüsse für alle Gruppen, die zur MNF gehörten. Hinter der marxistischen "Mehrheit" und der liberal-sozialistischen "Minderheit" stand ungefähr die gleiche Anzahl von Aktivisten. Die Marxisten besaßen jedoch mehr Stimmen, da sie die neuen Gruppen unter ihrer Kontrolle hatten.

Die alten Gruppen ("Gemeinde", "Bürgerwürde"; "Memorial" u.a.), die auf Erfahrungen bei der Organisation der Straßenaktionen zurückblicken konnten, waren mehrheitlich der Ansicht, daß die "Neuankömmlinge" kein Recht darauf hätten, ihre Überzeugungen allen anderen aufzuzwingen. Die Marxisten hofften, daß der Zustrom neuer Leute die Überlegenheit der marxistischen Ideen in der demokratischen Bewegung sichern werde. Doch ihre Rechnung ging nicht auf: Unter dem Einfluß der liberalen Presse veränderten sich die Massenstimmungen, und Menschen, die in ideologischer Hinsicht unerfahren waren, vertrauten bekannten Kommunisten mit sozial-demokratischen Überzeugungen. Bereits 1989/1990 wechselten sie auf liberale Positionen und zogen jene populistischen Massen mit sich die, die keine Organisationsstruktur besaßen. Als Folge verloren die Sozialisten die Zeit, die sie für die Schaffung einer einflußreichen wirklich sozialistischen Partei hätten nutzen sollen, und lösten sich in der demokratischen Bewegung auf.

Die Beziehungen zwischen den Fraktionen verschärfen sich, nachdem die Behörden am 18. Juni begonnen hatten, die Meetings auseinanderzujagen. Unter diesen Bedingungen rief die "Mehrheit" des OK MNF dazu auf, in den Meetings größere Loyalität gegenüber der KPSS zu zeigen, während die "Minderheit" dazu anhielt, sie in gleicher oppositioneller Ausrichtung fortzusetzen, nur an einem anderen Ort. Beide Wege verminderten sowohl den Einfluß der "Informellen" als auch ihren Druck auf die Macht. Jede Fraktion warf der anderen Seite ihre Niederlage vor. Die "Mehrheit" forderte für sich das Recht, im Namen der Volksfront und ihres Organisationskomitees aufzutreten, die "Minderheit" versuchte nachzuweisen, daß die Gründung der Volksfront als Massenbewegung eine Sache der Zukunft sei und die "Mehrheit" kein legitimes Recht besitze, um im Namen der demokratischen Massenbewegung aufzutreten. Diese Auseinandersetzungen endeten damit, daß am 3. Juli "Bürgerwürde", "Gemeinde", "Perestrojka-88", "Memorial" (am Vortag) sowie eine Reihe weiterer Gruppen aus dem Organisationskomitee austraten. Als Folge kam die Vereinigung der demokratischen Kräfte nicht zustande, die Behörden unterdrückten die Meetings der Sozialisten und später die der Demokratischen

Union.

Bei den Ereignissen des Frühjahrs und Sommers 1988 handelte es sich um erste Erfahrungen in öffentlicher Politik, die der Parlamentskultur und der Tradition einer Selbstorganisation der staatsbürgerlichen Gesellschaft zugrunde gelegt wurden. 1989 wiederholte sich die Situation in einem größeren Maßstab und mit einem vergleichbaren Teilnehmerkreis.

Die Spaltung der Volksfront war ein Zeichen für die Veränderungen in der oppositionellen Bewegung. Wie die "Informellen" als dominierende Kraft der Befreiungsbewegung 1986/1987 die Dissidenten abgelöst hatten (sie sogen die Dissidentenbewegung zum Teil in sich auf, zum Teil lebten deren Reste nebenher fort), so löste die populistische "demokratische" Bewegung 1989/1990 die "Informellen" ab. Das OK MNF verwandelte sich einfach in eine der oppositionellen Organisationen. Die Spaltung der "Informellen" 1988 gab keiner der Fraktionen die politische Führerschaft. Die Konzeption der "Mehrheit" war jedoch anfällig für den Populismus (obwohl führende Leader der "informellen" "Bolschewiki" nach dem Sieg des Populismus von der Spitze der demokratischen Bewegung verdrängt wurden), während die Konzeption der "Minderheit" darauf bestand, die Traditionen der informellen Bewegung weiter zu pflegen.

Für die populistischen Demokraten war die Option einer Zusammenarbeit und sogar einer Unterordnung unter jenen Teil der regierenden Elite charakteristisch, die die ideologischen Grundsätze der Demokratie teilte; sie bestanden oft in der Negation, waren zunächst antibürokratisch, später antikommunistisch und antichauvinistisch. Der Übergang der Bewegung in ihre populistische Phase ging allmählich vor sich und fand seinen endgültigen Abschluß erst 1990, als die demokratische Deputiertenfraktion im Unionsparlament und im russischen Parlament sich an die Spitze der Massenbewegung stellte. In der Folgezeit ließ die Abhängigkeit der Führungsspitze vom aktiven Teil der Demokraten nach, die Führungsspitze selbst verzichtete auf die Ideologie des demokratischen Sozialismus und nahm Kurs auf den Übergang zu kapitalistischen Beziehungen in der UdSSR. Danach verlegten die "Informellen" den Schwerpunkt ihrer Arbeit vom Kampf um die Macht auf den Aufbau staatsbürgerlicher Organisationen (u.a. in Bereichen des Gemeinwesens, der Information, der Ökologie).

Die Szene der informellen Organisationen von 1986-1989, in der die Teilnehmer "große Politik spielten", ihre Energie im Kampf um Stellen in den "Koordinationsorganen" vergeudeten, wobei sie sich für jeden Punkt der politischen Programme mit einer solchen Leidenschaft einsetzen, als ob sie an einem Gesetz von grundsätzlicher Bedeutung arbeiteten, bildete einer Art Modell für die demokratische Gesellschaft. Und dies machte politisch Sinn, denn die "Informellen" waren bald in der Lage, Menschenmassen auf die Straße zu bringen, ihre Presse- und Publikationsorgane verwandelten Glasnost' in Redefreiheit. Doch auch die "innenpolitischen" Leidenschaften der Politik, die die "Informellen" "spielten", hatten eine Bedeutung. Es war ein beispielloses "Training", daß sich Hunderte von künftigen politischen Führern, Journalisten und gesellschaftlichen Aktivisten innerhalb von wenigen Jahren die politische Kultur von Gesellschaften mit großen politischen Traditionen aneigneten. In diesem Sinne ist der "Gesellschaftliche Auftrag" von 1988 als geistiger Vater zahlreicher Plattformen der demokratischen Bewegung der 1990er Jahre zu sehen.

Aleksandr Šubin

(Übersetzung aus dem Russ. von L. Antipow)

## **Quellen- und Literaturhinweise**

Aleksandrova, O., Informelle Gruppen und Perestrojka in der Sowjetunion. Eine Bestandaufnahme, Köln 1988 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien; Bd. 18).

Fadeev, V., Pochoždenija neformala (o#erk 88 goda), Moskau 1992.

Juš#enkov, S. (Hg.), Neformaly: Social'nye iniciativy, Moskau 1990.

Obš#estvennye samodejatel'nye dviženija: problemy i perspektivy, Moskau 1990.

Pe#enev, V. (Red.), Neformaly: Kto oni? Kuda zovut?, Moskau 1990.

Pribylovskij, V., Slovar' novych politi#eskich partij i organizacij Rossii, Moskau 1992.

Rumjancev, O., O samodejatel'nom dviženii obš#estvennych iniciativ (Neformal'nye ob"edinenija i ich rol' v Perestrojke obš#estvennoj žizni v SSSR), Moskau 1988.

Tolz, V., The USSR's emerging multiparty system, New York u.a. 1990.

Totalitarizm v Evrope v XX veke, Moskau 1996.

Vjunickij, V. (Hg.), Neformaly: Kto oni? Kuda zovut?, Moskau 1990.

## **GESELLSCHAFTLICHER AUFTRAG AN DIE PARTEIKONFERENZ**

(angenommen beim Treffen der inoffiziellen Vereinigungen der Stadt Moskau am 5. Juni 1988. – Palast der Jugend,

12. Juni 1988 – Kulturhaus der Mitarbeiter der Energiewirtschaft)

Die politische Situation, die im Vorfeld der Parteikonferenz entstanden ist, ruft in der Öffentlichkeit tiefe Besorgtheit hervor. Die Wahlen erfolgten nach dem traditionellen Verfahren, indem sich die Vertreter der Nomenklatura de facto selbst kooptierten. Es wurde kein präziser und tatsächlich demokratischer Wahlmechanismus in Gang gebracht, der sich von dem aus der Zeit der "Stagnation" unterschieden hätte. Im Parteiapparat herrschen nach wie vor bürokratische Tendenzen, wofür die positive Bewertung der stattgefundenen Wahlen durch die Plena der Gebiets- und Staatskomitees steht. Man kann nur hoffen, daß ein Wahlverfahren dieser Art für die Ergebnisse der Konferenz folgenlos bleibt. Es besteht die Gefahr von halbherzigen Lösungen, die sich negativ auf das Tempo der Perestrojka auswirken sowie zur Verschärfung der Lage im Land und letzten Endes zu einer tiefen politischen Krise mit ungewissem Ausgang führen werden. Deshalb schlagen wir folgendes vor:

1. Die Parteikonferenz hat den Weg für einen Außerordentlichen Parteitag zu bahnen, der Grundsatzbeschlüsse zu verabschieden hat.
2. Da die Frist von einem Monat für die Debatten über die Thesen deutlich kurz bemessen ist, sind die allgemeinen Aussprachen zu den Problemen der bevorstehenden Reformen bis zur Eröffnung des Parteitages fortzusetzen.
3. Die Delegierten des Parteitages sind nach politischen Plattformen zu wählen, die während dieser Debatten entstanden sind.
4. In der Presse ist eine vollständige Liste der Delegierten der Parteikonferenz mit der Angabe ihrer Ämter zu veröffentlichen.
5. Zum Parteitag sind Delegierte der Öffentlichkeit, darunter der gesellschaftlich-politischen Klubs einzuladen, wobei ihnen das Recht, einzuräumen ist, Reden zu halten.
6. Von der gesamten Parteikonferenz sollte nicht nur die Presse Bericht erstatten, sie sollte auch durch Rundfunk und Fernsehen direkt übertragen werden.
7. Unmittelbar nach der Parteikonferenz soll eine Strukturreform des Parteiapparats erfolgen.

Die Thesen, die das CK aufstellte, setzen auf Kompromiß und sind innerlich widersprüchlich: eine revolutionäre Umgestaltung in der Sphäre der Politik wurde hier nicht angesprochen; genaue Mechanismen für die praktische Umsetzung der politischen und wirtschaftlichen Reformen wurden nicht vorgestellt; es fehlt eine ernsthafte Bestandaufnahme zu den Triebkräften der Perestrojka und den Kräften

des Widerstandes gegen sie sowie über ihr gegenwärtiges Kräfteverhältnis. Da seit der Veröffentlichung der Plattform der Anti-Perestrojka-Kräfte in der Zeitung "Sovetskaja Rossija" zahlreiche Hinweise darauf vorliegen, daß die Reformen durch die Bürokratie sabotiert werden, erweckt der Aufruf, "die politische Konfrontation und die Spaltung der gesellschaftlichen Kräfte" zu vermeiden, einen merkwürdigen Eindruck. Die Scheineinheit der politischen Kräfte ist schlimmer als ihre offene Spaltung. Für die Führung des Landes ist der Zeitpunkt gekommen, wo sie sich zu entscheiden hat, mit wem sie "in einem Boot sitzt" – mit jenen, die die Perestrojka als soziale Revolution gegen das Erbe des Stalinismus und die totalitäre, bürokratische Macht der Nomenklatura, gegen die allgemeine Lüge und die soziale Stagnation unterstützten, oder mit jenen, die sie als "Schönheitsreparatur" bzw. als technokratische Reform unter Bedingungen einer Krise der bürokratischen Selbstherrschaft auffaßten. Die Parole von der "Einheit von Partei und Volk" darf nicht zum Deckmantel für eine Solidarität mit dem Apparat werden.

Am dringendsten sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt die politischen Reformen. Es ist folgendes erforderlich:

1. Die Partei soll aus einer Organisation, die, gestützt auf eine entartete Kaste von "Partokraten", "im Namen des Volkes" herrscht, tatsächlich zu einer politischen Organisation werden. Zu diesem Zweck sind ihr alle Machtfunktionen zu entziehen und an die Sowjets sowie an die administrativen Organe des Staates zu übertragen, was seinen Niederschlag in einem Gesetz über die Partei finden muß. Artikel 6. der Verfassung ist einer entsprechenden Veränderung zu unterziehen. Die Partei hat ihre politische Linie nur über die Kommunisten durchzusetzen, die in den Machtorganen, Staatsinstitutionen und gesellschaftlichen Organisationen mitwirken.
2. Die Freiheit der Diskussion ist sicherzustellen. Zu diesem Zweck sind Gruppenbildungen zu legalisieren, so daß die Aufstellung der Kandidaten nach politischen Plattformen erfolgen kann, die Schaffung von – im Parteistatut nicht vorgesehenen – parteiähnlichen Gruppierungen aus Anhängern der einen oder der anderen Plattform möglich wird, die Veranstaltung von Vollversammlungen durch sie sowie die systematische Propaganda ihrer Ansichten unter Kommunisten und Parteilosen zugelassen wird, und zwar sowohl auf Seiten der Parteipresse als auch in inoffiziellen Medien. Um diese Art von Tätigkeit zu ermöglichen, sind besondere Presseorgane zuzulassen. Der Minderheit ist das Recht einzuräumen, alle Beschlüsse auch nach ihrem Inkrafttreten zu kritisieren.
3. Die Herausgabe der Diskussionsbeilage zur "Pravda" ist wiederaufzunehmen; darin sind Stellungnahmen von Kommunisten, Komsomolzen und Parteilosen zu veröffentlichen, einschließlich solcher, die dem Standpunkt des CK widersprechen.
4. Über das Einparteiensystem in der UdSSR sind allgemeine Volkssprachen durchzuführen.
5. Auf die Idee, ein Organ zu schaffen, das KPK und CPK vereint, ist zu verzichten, denn die Erfahrung vom Ende der 1920er Jahre zeigt, daß aus einem unabhängigen Kontroll- und Repressionsorgan ein Instrument zur Bekämpfung der Andersdenkenden in der Partei werden kann.
6. Den Belegschaftsversammlungen ist das Recht einzuräumen, Mitglieder der örtlichen Parteiorganisationen in einem geheimen Abstimmungsverfahren aus der Partei abuberufen, ohne daß sich an ihrer Dienststellung während der gesamten Geltungsdauer ihrer Amtsfunktionen etwas ändern würde.
7. Es soll zur üblichen Praxis werden, daß die Tagesordnungen der Plena des CK in den Basisorganisationen der Partei vorab zur Debatte gestellt werden.
8. Alle Plena des CK der KPSS und Sitzungen des Obersten Sowjets der UdSSR sind vom Fernsehen zu übertragen.

9. Die gesamte Macht ist auf die Sowjets zu übertragen. Das Wahlsystem ist einem radikalen Wandel zu unterziehen. Die Kandidaten für die Wahlen können von Arbeitskollektiven, gesellschaftlichen Organisationen oder Einwohnern eines Wahlbezirks aufgestellt werden; Selbstnominierung der Kandidaten ist zugelassen. Eine Person wird als Kandidat registriert, wenn sie die Unterstützung jenes Prozentsatzes von Wählern hat, der nicht unter dem festgelegten liegt.

10. Die Sowjetdeputierten sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Kollektivgewalt in der Praxis ausüben; zu diesem Zweck ist die Dauer der Sessionssitzungen der Sowjets grundsätzlich zu verlängern, während die Obersten Sowjets der UdSSR und der Unionsrepubliken, die die oberste Macht in der Gesellschaft verkörpern, ihre Tätigkeit in Permanenz wahrnehmen sollen. Die Sach- und Organisationskapazitäten, die die Sowjets dafür brauchen, sind sicherzustellen.

11. Es ist mit der Vorbereitung der Kampagne für die Neuwahlen zu den Sowjets aller Ebenen nach Plattformen und Programmen der einzelnen Kandidaten zu beginnen.

12. Ein Pressegesetz ist zu verabschieden, das jeder Person bzw. jeder Gruppe von Personen das Recht gewährt, Periodika oder andere Druckerzeugnisse als Einzelperson oder im Rahmen eines Genossenschaftsunternehmens herauszugeben. Das Gesetz soll den Zugang zur Vervielfältigungstechnik und Papierfonds erlauben. Die Vorzensur in der UdSSR wird verboten. Autoren und Redaktionen sind für den Verrat von Staatsgeheimnissen, die Propagierung von Gewalt, nationaler und rassischer Diskriminierung und der Völkerfeindschaft sowie für die Verletzung der Menschenwürde gerichtlich zu belangen.

13. Ein Gesetzesakt ist zu verabschieden, mit dem die Staatsinstitutionen, die für Masseninformation zuständig sind, verpflichtet werden, allen gesellschaftlichen Organisationen zu gestatten, ihre Positionen öffentlich darzulegen, zumindest während der Wahlkampagne und der allgemeinen Aussprachen über die Gesetzesentwürfe.

14. Ein Gesetz über die Glasnost' in den Staatsinstitutionen ist zu veröffentlichen.

15. Ein Gesetz über Versammlungen, Kundgebungen, Meetings und Umzüge ist zu verabschieden, das die Wahrnehmung dieser Rechte regelt und eine vollständige Liste jener Fälle enthält, in denen sie eingeschränkt werden.

16. Ein Gesetz über die gesellschaftlichen Organisationen ist zu verabschieden, in dem das Verfahren ihrer Registrierung und ihr Recht, Kandidaten für Wahlen aufzustellen, ein Presseorgan herauszugeben, sich in der Wirtschaft zu betätigen usw., geregelt sind.

17. Die Reform der gesamten Gesetzgebung ist zu beschleunigen, um die Rechtsgemeinschaft zu schaffen und den bestehenden Staat in einen Rechtsstaat umzubauen. Das Gesetz gilt für alle, d.h. sowohl für die Partei und die Machtorgane als auch für Einzelpersonen.

18. Vereinigungen in der Art von "Volksfronten", die durch Kräfte gesellschaftlicher Vereine und Organisationen gebildet werden, sind zu unterstützen.

19. Um sichere Garantien für die Entwicklung der Demokratie im Land zu bieten, sind den Organen der Staatssicherheit politische und ideologische Funktionen zu entziehen, die das Gesetz überschreiten. Diese Organe sind der ständigen öffentlichen Kontrolle der Sowjets zu unterstellen (mit Ausnahme jener Fälle, die Staatsgeheimnisse betreffen). Die Perustration der Privat- und Dienstpost sowie das Abhören von Telefongesprächen ohne vorausgehende Genehmigung durch die Staatsanwaltschaft sind zu verbieten. Bei der Vorbereitung des Gesetzes über die Organe der Staatssicherheit ist zu prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, den KGB in einzelne Dienstabteilungen mit entsprechenden Funktionen aufzulösen.

Im Obersten Sowjet sind ständige Sonderkommissionen zu gründen, die die Tätigkeit

des Verteidigungs- und Innenministeriums sowie des KBG beaufsichtigen und lenken; sie haben regelmäßig öffentliche Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu erstatten.

20. Ein Verfassungsgericht als von der Legislative und Exekutive unabhängiges System der Verfassungsaufsicht sowie das Amt eines Beauftragten für die Bürgerrechte und die Untersuchung von Beschwerden samt dazugehörigen gesellschaftliche Kommissionen sind einzurichten. Das Geschworenengericht ist einzuführen. Die Staatsanwälte sind direkt und geheim zu wählen. Die Funktionen der Rechtsaufsicht und der Staatsanklage sind zu trennen. Die Voruntersuchung ist aus dem Zuständigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft auszugliedern.

21. Den Bürgern ist das Recht zu gewähren, die Dienste eines Rechtsanwalts sofort nach der Eröffnung des Untersuchungsverfahrens in Anspruch zu nehmen.

22. Es ist das Recht jedes Bürgers sicherzustellen, sich auf Grund von rechtswidrigen Handlungen jeder Amtsperson und Institution sowie der Entscheidungen von Staats-, Administrativ- und Rechtsschutzorganen, darunter solcher, die in Kollegien betroffen wurden, direkt und unter Umgehung der Staatsanwaltschaft an das Gericht zu wenden.

23. Die Revision der Strafgesetzgebung mit dem Ziel ihrer Humanisierung ist zu beschleunigen. Alle Rechtsnormen des Strafgesetzes, die die Verfolgung für politische Gesinnung vorsehen, sind unverzüglich aufzuheben; u.a. sind Art. 70 und Art. 190/Anm. des Strafgesetzbuches der RSFSR und vergleichbare Gesetzbuchartikel der Unionsrepubliken außer Kraft zu setzen. Alle Gerichtsurteile in politischen Fällen aus den 1920 bis 1980er Jahren sowie alle Urteile über Geistliche, die für die Ausübung des Gottesdienstes verurteilt wurden, sind einem Revisionsverfahren zu unterziehen. Alle politischen Gefangenen sind unverzüglich freizulassen.

24. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Einschränkungen der Freizügigkeit von Bürgern der UdSSR in und außerhalb des Landes sowie bei der Wahl ihres Wohnortes allmählich aufgehoben werden. Es sind Voraussetzungen für die endgültige Abschaffung des Paßsystems zu schaffen.

25. Den sowjetischen Streitkräften ist zu untersagen, an Kampfhandlungen auf dem Territorium anderer Länder (mit Ausnahme der Länder des Warschauer Paktes) teilzunehmen sowie die Staatsgrenze der UdSSR ohne einen öffentlichen Sonderbefehl des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu überqueren. Die Truppenbewegung innerhalb der Länder des Warschauer Paktes hat in strenger Übereinstimmung mit den festgesetzten Regeln zu erfolgen. Den Streitkräften, die in den Ländern des Warschauer Paktes stationiert sind, ist zu untersagen, sich in die Politik des jeweiligen Landes einzumischen.

26. Der sowjetische Einmarsch in die #SSR 1968 und in Afghanistan 1979 ist zu verurteilen.

27. Administrative Zwangsmaßnahmen zur Arbeitsaufnahme sind abzuschaffen. Die Umsetzung der sozialen Vorbeugungsmaßnahmen gegen sogenannte Müßiggänger und Personen ohne einen festen Wohnsitz sowie die gleichzeitige Abschaffung der gegen sie gerichteten strafrechtlichen Maßnahmen sind sicherzustellen.

28. Die örtlichen Machtorgane sind zu verpflichten, Bedingungen für eine tatsächlich ungehinderte Ausübung des Gottesdienstes zu schaffen, einschließlich der freien Überlassung von geeigneten Räumlichkeiten für die Gläubigen und Übergabe der erhaltenen Kultusgebäude an sie.

29. Es ist Schulunterricht nach alternativen Stundenplänen vorzusehen. Die Schulgründungen auf genossenschaftlicher Grundlage sind als zweckmäßig zu erachten.

30. Im Bildungssystem ist der Übergang zur Selbstverwaltung und zu zukunftssträchtigen Unterrichtsmethoden zu beschleunigen. Auf Beschluß des Lehrerrats der Schule ist die Verwendung von alternativen Lehrbüchern und die Modifizierung der Lehrpläne zuzulassen, wobei ein Mindestmaß an Pflichtwissen in jedem Fach zu sichern ist. Der Unterrichtsinhalt in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern ist entsprechend der geschichtlichen Wahrheit zu verändern. Bei den Schülern ist das freie Denken, das individuelle Verantwortungsbewußtsein, Unabhängigkeit und Menschenwürde zu entwickeln.

31. Radikale Neuerungen sind im System der Hochschulbildung notwendig; zu diesem Zweck sind den Hochschulen Autonomie und Recht auf selbstständige Beschlußfassung in Fragen ihrer professionellen Tätigkeit, die ihr Verhältnis zu ihren Leistungsabnehmern und dem Staat betreffen, zu gewähren. Es ist notwendig, die studentische Selbstverwaltung und die Autonomie der Studentenschaft innerhalb der Hochschulen zu erweitern.

32. Die Möglichkeit eines alternativen Zivildienstes der Wehrpflichtigen ist durch das Gesetz vorzusehen.

33. Die gesamte Gesetzgebung der UdSSR ist mit der Verfassung und den Normen des internationalen Rechts in Übereinstimmung zu bringen, insbesondere mit dem Internationalen Abkommen über die Menschen- und Bürgerrechte, das die UdSSR Sowjetunion 1973 ratifizierte.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Fristen für die Verabschiedung der Gesetze, die die grundlegenden Bürgerrechte betreffen (nach Plänen der gesetzgebenden Institutionen waren die Presse, Informations- und Glasnost'-Gesetze bis Ende 1986 vorzubereiten), nicht eingehalten wurden, ist es notwendig, eine außerordentliche, provisorische Ordnung zu verabschieden, die Presseorgane der inoffiziellen gesellschaftlichen Organisationen mit Massenaufgabe sowie ihre Abonnierung und ihren Vertrieb über die Einrichtungen der Unionspresse (Sojuzpe#at') vorsieht.

#### STATT PROVVISORISCHER VERSAMMLUNGS- UND DEMONSTRATIONSORDNUNG – PROVVISORISCHE PRESSEORDNUNG

34. In Anbetracht des multinationalen Charakters unseres Landes ist die Entwicklung des Föderalismus als erstrangige Aufgabe zu betrachten. Die politische Autonomie der republikanischen Leitungsorgane gegenüber dem Zentrum sowie die Unabhängigkeit ihrer Entscheidungen in wirtschaftlichen Fragen sind zu erweitern. Die RSFSR und die anderen Unionsrepubliken sind in der Praxis gleichzustellen, wobei Verzerrungen in der einen wie in der anderen Richtung zu beseitigen sind. Die Eigenwirtschaftlichkeit der Regionen ist allseitig zu entwickeln, wobei gleichzeitig öffentlich und unter streng festgelegten Bedingungen Hilfe an rückständige Regionen geleistet werden soll. Den nationalen Minderheiten in den Unionsrepubliken ist die national-kulturelle Autonomie, einschließlich des Rechts auf Bildung in der Muttersprache, zu gewähren. Um faire und rechtzeitige Lösungen in Fragen der zwischennationalen Beziehungen herbeizuführen, sind Sonderorgane bei den Sowjets zu schaffen; zum gleichen Zweck ist in Betrieben und Organisationen, wo es sinnvoll ist, die Bildung nationaler Sowjets der Werktätigen zu fördern.

35. Der Eintrag über die "Nationalität" im Paß und in Fragebögen ist abzuschaffen.

36. Die Rolle der Gewerkschaften als besondere Schutz- und Vertretungsorgane der Werktätigen ist wiederherzustellen; zu diesem Zweck muß das bestehende System der Gewerkschaftsorganisationen radikal verändert werden: Neben Gewerkschaftsvereinigungen einzelner Branchen sind branchenübergreifende Gewerkschaften, Gewerkschaften einzelner Territorien und spezielle Berufsgewerkschaften vorzusehen. Die Gründung von Parallelgewerkschaften in einem Betrieb ist zuzulassen. Das aktive Recht der Gewerkschaften, die historischen

Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu schützen und sich aus eigener Initiative zu erweitern, ist sicherzustellen.

37. In einzelnen Gesetzesartikeln sind konkrete Sanktionen gegen die Verletzung der Arbeitsgesetzgebung sowohl auf Seiten der Amtspersonen, als auch auf Seiten der Gewerkschaftsführer festzulegen.

38. Das System der Sozialgarantien und der Sozialfürsorge für die Werktätigen ist zu erweitern. In der nächsten Zeit ist das Niveau der Rentenversorgung, das im Vergleich zum Durchschnittslohn ungerecht niedrig ist, zu erhöhen und ein neues Rentengesetz zu verabschieden, das für den Fall eines Preisanstiegs den Rentenausgleich vorsieht. Es ist ein Gesetz zu verabschieden, demgemäß die Vollbeschäftigung der Bevölkerung zu unterstützen ist und der Staat sich verpflichtet, die Umschulung von Arbeitskräften sicherzustellen, die bei der Rationalisierung des Betriebes oder dem Personalabbau in den Behörden freigesetzt wurden, und der eine finanzielle Unterstützung für die Zeit bis zur neuen Arbeitsaufnahme in ausreichender Höhe vorsieht. Gleichzeitig mit der Entwicklung der bezahlten Versorgung im Krankheitsfall, sind die Investitionen in kostenlose medizinische Leistungen zu erhöhen.

39. Alle Privilegien der Nomenklatura, solche wie Sonderverteilstellen, geschlossene Kantinen (sogenannte "Kantinen für Heilernahrung"), Dienstwägen usw. sind abzuschaffen.

40. Das System der Nomenklatura bei der Kaderauswahl ist zu beseitigen.

41. KZOT und das Belegschaftsgesetz sind vollständig aufeinander abzustimmen. Die Herausbildung einer echten Selbstverwaltung in den Betrieben ist als die wichtigste strategische Aufgabe bei der Reform der Produktionsverhältnisse im Sinne des demokratischen Sozialismus zu betrachten. Gegenwärtig sind nur die allerersten Schritte in diese Richtung getan. Das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung soll sich allmählich sowohl innerhalb der Betriebe und Organisationen als auch in den Beziehungen zwischen den Betrieben und Ministerien durchsetzen. Es ist dafür zu sorgen, daß die STK zu Verfügungsberechtigten über die Grund- und Umlaufmittelfonds der Betriebe werden. Über die Einstellung der Leitungskader eines Betriebs hat die STK zu entscheiden. Es ist für zweckmäßig zu erachten, daß die Minister und ihre Stellvertreter vom STK der jeweiligen Wirtschaftsbranche gewählt werden. Den STK der einzelnen Wirtschaftsbranchen ist das Recht zu gewähren, über die Auflösung der Ministerien zu entscheiden.

42. Alternative Projekte der Wirtschaftsreform sind einem Volksreferendum zu unterbreiten.

43. Bei den Sowjets verschiedener Ebenen sind Organe zu schaffen, die für die Koordination der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe zuständig sind, die einer bestimmten Wirtschaftsbranche angehören. Diese Organe müssen sich aus Vertretern der STK der Betriebe zusammensetzen, die der Koordination unterliegen. Die Belegschaftssowjets werden aus Delegierten der Abteilungsowjets gebildet und verfügen über die Betriebsfonds.

Die Sowjets der Betriebsabteilungen sind aus Vertretern der Brigaden zu bestellen und haben über die Abteilungsfonds zu verfügen.

Es ist eine allmähliche Aufhebung des Staatsauftrages erforderlich.

44. Es ist als zweckmäßig zu erachten, den Grund und Boden der stets verlustbringenden Kolchosen und Sovchosen an die Landbevölkerung unbefristet zu verpachten.

45. Als wichtigste politische Aufgabe ist zu erachten, den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und folglich der Umwelt der Gesetzgebung und der Wirtschaft zur Pflicht zu machen. Alternativlösungen in Entscheidungsfällen, die mit Folgen für die

Ökologie verbunden sind, sind zur Diskussion zu stellen. Die allgemeine Bildungspflicht in Ökologie ist einzuführen.

Es ist zur Diskussion zu stellen, ob der Fortbestand des Ministeriums für See- und Binnenschifffahrt zweckmäßig ist; alle Bauvorhaben, die kein Approbationsverfahren auf ökologische Verträglichkeit bestanden haben, sind vorübergehend einzustellen.

46. Eine Verbraucherschutzorganisation auf gesellschaftlich-staatlicher Grundlage ist zu gründen, die eigens auf die Qualität der Lebensmittel zu achten hat.

Die XIX. Parteikonferenz muß zu einer weiteren Stufe beim Übergang vom stalinschen System der bürokratischen Willkür zur Umsetzung der Ziele der sozialistischen Bewegung werden.

Es lebe der demokratische Sozialismus!

Es lebe die Einheit der progressiven Kräfte der Kommunistischen Partei und der breiten demokratischen Bewegung!

Es lebe die revolutionäre Perestrojka!

(Übersetzung aus dem Russ. von L. Antipow)

## **Faksimile**

Die 14 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: "Otkrytaja zona", Nr. 7, August 1988. Aus der Sammlung A. Šubin.

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0018\\_auf.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0018_auf.pdf)

Datum: 19. September 2011 um 07:29:55 Uhr CEST.

© BSB München

---